

EINLADUNG

Am **Dienstag, dem 23. April 2013, 18.00 Uhr**, findet im Sitzungssaal des Rathauses in Setterich, An der Burg 3, eine öffentliche Sitzung des Integrationsrates der Stadt Baesweiler statt, zu der Sie hiermit eingeladen werden.

Karakök Kazim

(Kazim Karakök)

Tagesordnung:

1. Kenntnisnahme der Niederschrift des Integrationsrates vom 02.10.2012
2. Interkulturelle Öffnung der Verwaltung;
hier: 2.1 Vortrag seitens des Vorsitzenden des Landesintegrationsrates NRW, Tayfun Keltek
2.2 Antrag des Vorstandes des Integrationsrates zur Interkulturellen Öffnung der Verwaltung
3. Aufsatzwettbewerb an den Baesweiler Schulen
4. Internationales Kinderfest und Familientag
5. Interkulturelles Fest;
hier: Antrag des Vorstandes des Integrationsrates
6. Integration eines Comedian mit Migrationshintergrund in das städtische Kulturprogramm;
hier: Sachstandsbericht
7. Aktivitäten und Veranstaltungen des Integrationsrates;
hier: Verwendung des Zuschusses 2013
8. Finanzielle Ausstattung des Integrationsrates
9. Mitteilungen der Verwaltung
10. Anfragen von Integrationsratsmitgliedern

Vorlage für die Mitglieder des Integrationsrates
(Sitzung am 23.04.2013 / Punkt 2, der Tagesordnung)

Interkulturelle Öffnung der Verwaltung

1. **Vortrag seitens des Vorsitzenden des Landesintegrationsrates NRW, Tayfun Keltek**
2. **Antrag des Vorstandes des Integrationsrates zur Interkulturellen Öffnung der Verwaltung**

1. **Vortrag seitens des Vorsitzenden des Landesintegrationsrates NRW, Tayfun Keltek**

Auf Wunsch des Vorstandes des Integrationsrates wird der Vorsitzende des Landesintegrationsrates NRW, Herr Tayfun Keltek, in der Sitzung des Integrationsrates über das Thema "Interkulturelle Öffnung der Verwaltung" referieren.

Beschlussvorschlag:

Der Integrationsrat nimmt den Bericht des Vorsitzenden des Landesintegrationsrates NRW zur "Interkulturellen Öffnung der Verwaltung" zur Kenntnis und dankt Herrn Keltek für den Bericht.

2. **Antrag des Vorstandes des Integrationsrates zur Interkulturellen Öffnung der Verwaltung**

Der Vorstand des Integrationsrates der Stadt Baesweiler möchte in der Sitzung des Integrationsrates über beigefügten Musterantrag des Landesintegrationsrates Nordrhein-Westfalen (LAGA NRW) zur Förderung der Beschäftigten und der Ausbildungsbeteiligung von Migrantinnen und Migranten sowie zur Stärkung der Interkulturellen Kompetenz aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung beschließen lassen.

Die Verwaltung nimmt zu diesem Antrag wie folgt Stellung:

Dem Prinzip der Chancengleichheit aller Einwohnerinnen und Einwohner der Kommunen auf den Zugang im Personalbereich der öffentlichen Verwaltungen wird bei den Einstellungsverfahren der Stadtverwaltung Baesweiler bereits seit langem Rechnung getragen.

In den Ausschreibungstexten für die neu zu besetzenden Stellen bzw. für die Ausbildungsstellen wird zwar nicht besonders auf die interkulturelle Kompetenz und die Sprachkompetenz der Bewerber hingewiesen, dennoch werden bei der Auswahl der Bewerber, die zu einem Vorstellungsgespräch bzw. Einstellungstest eingeladen werden stets die Kriterien, Eignung, Befähigung und fachliche Eignung zugrunde gelegt. Dadurch wird dem Grundsatz der Chancengleichheit des Art. 3 Abs. 3 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland (Art. 3 Abs. 3 GG) Rechnung getragen und alle Bewerber, also auch solche mit Migrationshintergrund, haben dieselben Chancen eine Stelle bzw. Ausbildungsstelle bei der Stadt Baesweiler zu bekommen.

Zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang, dass bei den Personalausleseverfahren, die das Studieninstitut für kommunale Verwaltung Aachen für die der StädteRegion angehörenden Kommunen durchführt, Bewerber/innen mit Migrationshintergrund besondere Berücksichtigung erfahren.

Der im § 9 Abs. 1 des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) ausdrücklich eingeräumten Möglichkeit zur unterschiedlichen Behandlung wegen beruflichen Anforderungen im Rahmen der Personalauswahlentscheidungen wird in den Einstellungstests Rechnung getragen.

Für Bewerber/innen mit Migrationshintergrund besteht die Möglichkeit auf dem Prüfungsbogen anzugeben, seit wann sie in der Bundesrepublik Deutschland wohnen. Sollte der Zuzug innerhalb der letzten drei Jahre erfolgt sein, kann die Bewerberin/ der Bewerber aufgrund eines in dem Test erreichten guten Lernfähigkeitswert ein korrigiertes Testergebnis erhalten, welches ihre bzw. seine Lernfähigkeit ausdrückt, die nach weiteren drei Jahren der Vervollständigung der Deutschkenntnisse erwartet werden kann.

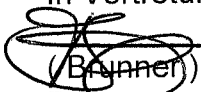
Im Personalbestand der Stadtverwaltung Baesweiler gibt es derzeit 13 Mitarbeiter mit Migrationshintergrund. Darunter sind u.a. Personen deren Herkunft aus der Türkei, Italien, ehem. Jugoslawien, Spanien, Polen nachgewiesen ist. Die meisten dieser Mitarbeiter wurden innerhalb der letzten 12 Jahre eingestellt, was dafür spricht, dass das Thema "Interkulturelle Öffnung der Verwaltung" bei der Stadt Baesweiler seit vielen Jahren Berücksichtigung findet.

Die Verwaltung ist auf Grund der obigen Ausführungen der Meinung, dass die Maßnahmen zur Berücksichtigung von Migrantinnen/Migranten bei Neueinstellungen insbesondere bei der Besetzung von Ausbildungsplätzen erfolgreich sind, so dass die Möglichkeit eines jederzeitigen Anstieges der Zahl der Beschäftigten mit Migrationshintergrund auf jeden Fall gewährleistet ist.

Beschlussvorschlag:

Der Integrationsrat der Stadt Baesweiler nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und befürwortet ein Festhalten an der bisherigen Verfahrensweise bei den Einstellungsverfahren.

In Vertretung


(Brünner)
Beigeordneter

Musterantrag

zur Förderung der Beschäftigung und der Ausbildungsbeteiligung von Migrantinnen und Migranten in der Verwaltung

Sehr geehrte(r) Frau / Herr Vorsitzende(r),

im Namen bitte ich Sie, nachfolgenden Antrag in die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Integrationsrates aufzunehmen:

Beratungsgegenstand

Förderung der Beschäftigung und der Ausbildungsbeteiligung von Migrantinnen und Migranten in der Verwaltung

Beschlussvorschlag

Die Verwaltung wird aufgefordert, bei allen Neueinstellungen und besonders bei der Besetzung von Ausbildungsplätzen Bewerberinnen und Bewerber mit Migrationshintergrund verstärkt zu berücksichtigen. Dazu sind Maßnahmen zu entwickeln, die eine Erhöhung der Zahl der Beschäftigten mit Migrationshintergrund bewirken, so dass ihr Anteil an den Beschäftigten in der Verwaltung mittelfristig in etwa dem Anteil der Migrantinnen und Migranten an der Stadtbevölkerung entspricht. Teil dieses Konzepts sollte eine Bestandsaufnahme zur Personalentwicklung in der Stadtverwaltung sein, die Auskunft gibt

a) über die Zahl der in Ausbildung befindlichen Jugendlichen mit Migrationshintergrund, und b) über die Zahl der Beschäftigten mit Migrationshintergrund.

Das Konzept sollte die in der Begründung genannten, beispielhaften Instrumente berücksichtigen, die zum Teil bereits in anderen Kommunen erfolgreich eingesetzt werden.

Dem Rat der Stadt ist jährlich ein Bericht vorzulegen, der über die erfolgten Maßnahmen und die erzielten Ergebnisse informiert.

Im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten sollte auch bei den Eigenbetrieben der Stadt dafür geworben werden, in ihrer Personalpolitik entsprechende Ziele und Maßnahmen zu verfolgen.

Begründung

Im öffentlichen Dienst und besonders in der öffentlichen Verwaltung sind Beschäftigte mit Migrationshintergrund gemessen an ihrem Anteil an der Bevölkerung immer noch stark unterrepräsentiert. Integration ist aber eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Die ethnische Vielfalt der Stadtgesellschaft sollte sich auch in der Verwaltung einer Stadt abbilden, und dies nicht allein nur, um Migranten als Klienten adäquater als bisher ansprechen zu können.

Dem öffentlichen Dienst kommt eine Vorbildfunktion zu, wenn es darum geht, Personen einen chancengleichen Zugang zu ermöglichen, die bisher im Arbeitsleben benachteiligt sind. Diese Vorbildfunktion besteht zum einen gegenüber der Privatwirtschaft. Denn staatliche Institutionen erscheinen ihrerseits unglaubwürdig, wenn sie eine Verbesserung beispielsweise der Beteiligung von Migrantinnen und Migranten einfordert, ohne selber deren Repräsentanz innerhalb ihres eigenen Personals zu verbessern. Zum anderen lassen sich Veränderungen im gesellschaftlichen Bewusstsein erreichen, indem der öffentliche Dienst bei der Verwirklichung des Ziels, die Beteiligung von Migrantinnen und Migranten zu verbessern, eine Vorreiterrolle einnimmt.

Beamte und Angestellte der Verwaltung sind aufgrund der Art ihrer Tätigkeit in besonderem Maße in der Öffentlichkeit präsent und kommen auf vielfältige Weise mit der in (*Name der Stadt*) lebenden Bevölkerung in Kontakt. Sie begegnen Bürgern als Repräsentanten des Staates, vollziehen Gesetze und treten als Akteure des Verwaltungshandelns in Erscheinung. Die verstärkte Beschäftigung von Migrantinnen und Migranten in der Verwaltung würde daher nicht nur für die im öffentlichen Dienst tätigen Migranten eine Integrationsmöglichkeit bedeuten, sondern darüber hinaus das Bild von Migrantinnen und Migranten in der Öffentlichkeit verändern. Und zwar in zweifacher Hinsicht: Einerseits bei der einheimischen, deutschen Bevölkerung, die Migrantinnen und Migranten in verantwortlichen, den Staat repräsentierenden Positionen begegnet. Andererseits bei Menschen mit Migrationshintergrund, die auf diese Weise ein Identifikationsangebot mit dem Staat, in dem sie leben, erhalten. Dies wiederum kann zu einer besseren Identifikation der Migrantinnen und Migranten mit dem Staat führen. Darüber hinaus sind im öffentlichen Dienst tätige Migrantinnen und Migranten Vorbild für Jugendliche mit Migrationshintergrund, die durch die Begegnung unmittelbar erfahren, dass der öffentliche Dienst auch für sie ein attraktives Berufsfeld sein kann.

Im Interesse der demographischen Entwicklung muss das Ausbildungs- und Qualifikationspotenzial von jungen Menschen mit Migrationshintergrund stärker als bisher ausgeschöpft werden, um auf den wachsenden Bedarf nach interkultureller Kompetenz in der Verwaltung vorbereitet zu sein. Viele Zugewanderte sind hoch motiviert, gut qualifiziert, sie sind mehrsprachig und verfügen über interkulturelle Kompetenzen. Diese Potenziale gilt es zu nutzen und gezielt zu fördern.

Migrantinnen und Migranten in der Stadtverwaltung können „Türöffner“ für alle Migranten in (*Name der Stadt*) sein und das zum Teil belastete Verhältnis zwischen Verwaltung und Migranten verbessern helfen. Verwaltungsangestellte mit Migrationshintergrund können sich in der Regel besser in die Situation anderer Migrantengruppen hineinversetzen als deutsche Beschäftigte.

Durch Fachpersonal aus Zuwandererfamilien können Kunden und Klienten besser erreicht werden. Die städtischen Angebote werden durch in der Verwaltung beschäftigte Migrantinnen und Migranten stärker und besser wahrgenommen, die Kundennähe wird gesteigert. Beratung und Klientenbetreuung können besser auf den tatsächlichen Bedarf von Kundinnen und Kunden aus Zuwandererfamilien abgestimmt werden. Durch mehrsprachige Auszubildende können z.B. Übersetzungsarbeiten zeitnah und Kosten sparend erledigt werden.

Zur Förderung von Angehörigen ethnischer Minderheiten bieten sich folgende Instrumente insbesondere an:

Bestandsaufnahme zur Personalentwicklung/Ist-Analyse

Ausgangspunkt sollte eine Ist-Analyse sein, die Aussagen darüber trifft, wie sich der Beschäftigungsanteil von Migrantinnen und Migranten in den einzelnen Besoldungs- und Vergütungsgruppen der jeweiligen Bereiche darstellt. Dadurch können erstmalig möglichst umfassende Daten über die Situation von Beschäftigten mit Migrationshintergrund, insbesondere über Einstufung, Funktion, Gehalt, Lebensalter, Dienstalder sowie Aufstiegs- und Weiterbildungsmöglichkeiten gewonnen werden. Aus den erhobenen Daten sollten Maßnahmen zur Verbesserung der Situation von Angehörigen ethnischer Minderheiten im öffentlichen Dienst erarbeitet werden, z.B. Förderpläne mit Zielvorgaben.

Gezielte Ansprache und Information von Migranten, Migrantenjugendlichen und ihren Eltern sowie Lehrern und Berufsberatern

Die Verwaltung sollte alle Möglichkeiten nutzen, Migranten und besonders Migrantenjugendliche für eine Beschäftigung bzw. eine Ausbildung bei der Stadtverwaltung gezielt zu motivieren und anzusprechen. In Stellenausschreibungen sollten Angehörige ethnischer Minderheiten ausdrücklich aufgefordert werden, sich zu bewerben. Ein solcher Zusatz ist aufgrund der Zielsetzung des Art. 3 Abs. 3 GG in Verbindung mit dem Sozialstaatsprinzip verfassungsgemäß. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, die Sonderqualifikationen von Menschen mit Migrationshintergrund – z.B. interkulturelle Kompetenz und Sprachkenntnisse - gezielt auszuschreiben. Zudem sollten Migrantenjugendliche z.B. durch geeignete Faltblätter/Flyer oder andere Medien, durch das Angebot von Schülerpraktika, Tage der offenen Tür angesprochen werden. Um Jugendliche mit Migrationshintergrund zu gewinnen, sollten auch die Eltern von Migrantenjugendlichen über Ausbildungsmöglichkeiten, -anforderungen sowie berufliche Perspektiven in der Stadtverwaltung informiert werden. Lehrer und Berufsberater und -beraterinnen der Agentur für Arbeit sollten auf das besondere Interesse der Verwaltung an Auszubildenden mit Migrationshintergrund aufmerksam gemacht werden.

Veränderte Auswahlverfahren

Darüber hinaus sollten die eingesetzten Testverfahren auf kulturelle Gebundenheit überprüft werden und gegebenenfalls durch neue, fairere Tests ersetzt werden. So hat die Polizei in NRW so genannte „culture-fair“ Tests eingesetzt, die persönliche Qualifikationen, wie Auffassungsgabe und Kombinationsfähigkeit prüfen, ohne Sprachelemente und kulturgebundenen Wissen zu verwenden.

Zu erwägen wäre auch das Angebot von „Trainingstests“ nach dem Vorbild der Duisburger Stadtverwaltung (Dort können junge Zugewanderte, die Interesse an einer Ausbildung bei der Stadt haben, vor dem „eigentlichen“ Einstellungstest mit einem „Trainingstest“ ihre Stärken und Schwächen überprüfen. Dabei erhalten sie auch Tipps, wie sie gezielt an sich arbeiten können.)

Geringe Sprachdefizite sollten kein Hindernis für die Ausbildung in der Stadtverwaltung sein, stattdessen sollte interessierten und geeigneten Jugendlichen angeboten werden, während ihrer Ausbildung Zusatzunterricht erhalten, um spezifische Lücken aufholen zu können.

Gleichbehandlung und interkulturelle Kompetenz als Themen der Fortbildung der Verwaltungsmitarbeiterinnen und –mitarbeiter

Fortbildungsveranstaltungen sollten auf die Themen Gleichbehandlung und interkulturelle Kompetenz eingehen. Diese Themen sollten vor allem Bestandteil von Fortbildungsmaßnahmen für Dienstkräfte mit Leitungsaufgaben sein.

Bei der Entwicklung aller Maßnahmen sollten Integrationsrat, Integrations- bzw. Ausländerbeauftragte(r) (oder vergleichbare Stellen), Personalrat, Gleichstellungsbeauftragte und Schwerbehindertenvertretung einbezogen werden, um bereits bestehende Aktivitäten zur Gleichstellung benachteiligter Gruppen aufeinander abzustimmen und miteinander zu koordinieren.

Kontakt:

Landesintegrationsrat Nordrhein-Westfalen

Helmholtzstraße 28, 40215 Düsseldorf

Telefon: 0211 / 9941610, Fax: 0211 / 9941615

E-Mail: info@landesintegrationsrat-nrw.de, Homepage: www.landesintegrationsrat-nrw.de

Vorlage für die Mitglieder des Integrationsrates
(Sitzung am 23.04.2013 / Punkt 3. der Tagesordnung)

Aufsatzwettbewerb an den Baesweiler Schulen

In den Jahren 2011 und 2012 fanden Aufsatzwettbewerbe "Werde Bürgermeister für einen Tag" für die Kinder der 3. und 4. Klassen der Grundschulen statt, und zwar anlässlich des alljährlichen Internationalen Kinderfestes am 23. April. Für die ausgelobten Preise wurden jeweils 100 Euro aus Mitteln des Integrationsrates bereitgestellt.

In der Sitzung des Integrationsrates vom 02.10.2012 sollte beschlossen werden, den Aufsatzwettbewerb in 2013 wieder durchzuführen und diesen für die Folgejahre zu einer alljährlichen festen Einrichtung werden zu lassen. Darüber hinaus sollte beschlossen werden, dafür jährlich 100 Euro aus dem Budget des Integrationsrates zu verwenden. Der Integrationsrat war jedoch am 02.10.2012 nicht beschlussfähig. Dennoch wurde der Aufsatzwettbewerb in Absprache mit dem Vorstand des Integrationsrates in 2013 von der Verwaltung vorbereitet und durchgeführt sowie 100 Euro aus dem Budget des Integrationsrates für die Preise verwandt.

Aus den 62 Einsendungen ermittelte die Jury, bestehend aus dem Vorsitzenden des Integrationsrates der Stadt Baesweiler, Herrn Kazim Karakök, Frau Reyhan Akkas, Mitglied des Integrationsrates sowie aus Mitgliedern der Verwaltung Beigeordneter Frank Brunner, Sozialamtsleiterin Angelika Breuer und für die Integration zuständige Mitarbeiterin Claudia Dickels, die 10 kreativsten und gelungensten Einsendungen.

Nun regt der Vorstand des Integrationsrates an, auf Grund der positiven Resonanz diesen Aufsatzwettbewerb auch in 2014 zu wiederholen und zur alljährlichen festen Einrichtung werden zu lassen. Darüber hinaus regt er an, dafür jährlich 100 Euro aus dem Budget des Integrationsrates zu verwenden.

Beschlussvorschlag:

Der Integrationsrat beschließt, den Aufsatzwettbewerb "Werde Bürgermeister für einen Tag" in 2014 wieder durchzuführen und diesen für die Folgejahre zu einer alljährlichen festen Einrichtung werden zu lassen. Darüber hinaus beschließt er, dafür jährlich 100 Euro aus dem Budget des Integrationsrates zu verwenden.

In Vertretung



(Brunner)
Beigeordneter

Vorlage für die Mitglieder des Integrationsrates
(Sitzung am 23.04.2013 / Punkt 4. der Tagesordnung)

Familientag und Internationales Kinderfest

Auf Anregung des Vorstandes des Integrationsrates hat der Ausschuss für Jugend und Soziales in seiner Sitzung am 20.11.2012 beschlossen, die Verwaltung mit der Planung und Durchführung eines Internationalen Kinderfestes nach Möglichkeit in Verbindung mit der Teilnahme am Familientag der StädteRegion Aachen am 5. Mai 2013 zu beauftragen. Darüberhinaus wurde die Verwaltung beauftragt, die Teilnahme des Tanzteams "Nessaja" der evangelischen Kirchengemeinde Setterich-Siersdorf am Internationalen Kinderfest bzw. am Familientag 2013 der StädteRegion Aachen zu organisieren.

Die Planungen für den Familientag und das Internationale Kinderfest laufen derzeit in Absprache mit dem Vorstand des Integrationsrates auf Hochtouren.

Das Fest findet am Samstag, 4. Mai 2013, von 15.00 Uhr bis 21.00 Uhr im Burgpark Setterich statt.

Ab 15.00 Uhr wird ein buntes Bühnenprogramm der zahlreichen Baesweiler Kindergärten, Schulen und Vereine geboten. Um 19.30 Uhr wird das Musical "Die 10 Gebote" des Tanzteams Nessaja der evangelischen Kirchengemeinde Setterich-Siersdorf aufgeführt.


Neben verschiedenen Schmink- und Spielangeboten für die Kinder gibt es natürlich auch internationale Spezialitäten. Ganz unter dem Motto "Musikalisches und Kulinarisches im Burgpark Setterich".

Bei Regen findet die Veranstaltung im PZ des Gymnasiums Baesweiler statt.

Beschlussvorschlag:

Der Integrationsrat nimmt die Ausführungen zum Familientag und Internationalen Kinderfest zur Kenntnis.

In Vertretung


Brunner
Beigeordneter

Vorlage für die Mitglieder des Integrationsrates
(Sitzung am 23.04.2013 / Punkt 5, der Tagesordnung)

Interkulturelles Fest;

hier: Antrag des Vorstandes des Integrationsrates

Der Integrationsratsvorstand beantragt mit beiliegendem Schreiben vom 10.04.2013 unter 2., im kommenden Jahr ein interkulturelles Fest zu veranstalten. Ziel ist, den interkulturellen Dialog und das Miteinander in der Stadt Baesweiler zu fördern.

Hierzu verweist die Verwaltung zunächst auf den diesbezüglichen Beschluss des Ausländerbeirates in der Sitzung am 02.04.2008.

Damals wurde beschlossen, die turnusmäßig alle zwei Jahre angebotene Veranstaltung der "Tage der deutschen und ausländischen Mitbürger" in andere städtische Veranstaltungen zu integrieren, da diese Veranstaltung trotz eines ausgiebigen Programms nicht in der Weise angenommen wurde, wie es wünschenswert gewesen wäre. Hinzu kam, dass Programmbeteiligte kurzfristig absagten bzw. erst gar nicht erschienen. Daher wurde beschlossen, abweichend von dem bisherigen Veranstaltungsmodus diese Veranstaltung in andere städtische Veranstaltungen zu integrieren. Hierdurch soll sichergestellt werden, dass die Anzahl der deutschen und ausländischen Mitbürger deutlich größer sein wird, als dies bislang bei einer Einzelveranstaltung der Fall war.

Dieses Konzept wurde seither bei vielen Veranstaltungen (z. B. Eröffnung des Carl-Alexander-Parks, Familienpicknick, Enthüllung des Denkmals am Reyplatz, Beteiligung an Veranstaltungen der Woche der Jugend etc.) umgesetzt.

Auch wurden die Mitglieder des Integrationsrates gebeten, verstärkt für die Beteiligung von Migrantinnen und Migranten an städtischen Veranstaltungen, wie z. B. dem Aktivurlaub oder den Veranstaltungen im Rahmen der Woche der Jugend und der Woche der Senioren, zu werben.

Zuletzt in der Sitzung des Integrationsrates vom 01.12.2011 wurde unter TOP 11 über die Veranstaltung eines Interkulturellen Festes beraten und seitens des Integrationsrates mehrheitlich beschlossen, ein Interkulturelles Fest im Jahre 2012 in das städtische Kulturprogramm aufzunehmen und gegebenenfalls zu versuchen, Fördermittel hierfür sicherzustellen. Dieser Beschluss wurde an den für das Kulturprogramm der Stadt Baesweiler zuständigen Ausschuss für Kultur, Partnerschaft, Sport und Vereinsförderung weitergeleitet, der hierüber in seiner Sitzung am 14.02.2012 beraten hat.

Im Ausschuss wurde die von der Verwaltung vorgeschlagene Vorgehensweise der Fortsetzung der Beteiligung der Migrantinnen und Migranten an den bereits bestehenden städtischen Veranstaltungen mehrheitlich befürwortet. Seitdem wurde dieser Ansatz -aus Sicht der Verwaltung erfolgreich- weiter verfolgt.

Neben den bereits oben erwähnten Veranstaltungen sind hier insbesondere die im Rahmen des Projektes "Soziale Stadt Setterich-Nord" stattfindenden Stadtteilstefeste herauszustellen, bei denen der Ansatz die Veranstaltungen gerade auch unter Berücksichtigung der türkischen und marokkanischen Kultur zu gestalten, erfolgreich umgesetzt wurde.

Die Stadtteilstefeste werden durch das Stadtteilbüro des DRK in Kooperation mit der Stadt Baesweiler sowie zahlreichen Vereinen, Einrichtungen, Organisationen und Gruppen aus Setterich sowie dem Stadtteilbeirat unter Beteiligung des Integrationsrates organisiert. Die Feste erfreuen sich größter Beliebtheit. Jeweils mehr als 1.000 Besucher, nicht nur aus Setterich, fanden den Weg in die Glück-Auf-Straße bzw. zum Standort des Hauses Setterich. Beim Bühnenprogramm gab es allerlei sportliche und künstlerische Darbietungen zu sehen. Hierbei wurden die unterschiedlichsten Kulturen berücksichtigt.

Natürlich war auch für das leibliche Wohl der Besucherinnen und Besucher bestens gesorgt, wobei auch viele türkische und marokkanische kulinarische Angebote vertreten waren. Das harmonische Miteinander gab einen Eindruck, davon dass im "Haus Setterich" viele Menschen, Vereine und Gruppen eine neue Heimat finden. Besonders erfreulich war hier auch die große Beteiligung und Resonanz der Migrantinnen und Migranten. Die Stadtteilstefeste können damit als positiver Beitrag zur interkulturellen Verständigung gewertet werden.

Das nächste Stadtteilstefest ist für den 21.06.2013 in Planung. Auch hier wird an dem bewährten Konzept der Beteiligung aller Kulturen festgehalten werden.

Des Weiteren ist auf Anregung des Integrationsrates für den 04.05.2013 nunmehr ein Internationales Kinderfest geplant, bei dem auf zahlreiches Erscheinen aller Bevölkerungsgruppen gehofft wird. Auch hier werden zahlreiche Darbietungen geboten, die die Besucherinnen und Besucher in ferne Länder führen und mit den verschiedenen Kulturen in Verbindung bringen sollen. Daneben werden auch kulinarische Angebote in Form von internationalen Spezialitäten angeboten.


Aus Sicht der Verwaltung bieten solche Veranstaltungen hervorragende Gelegenheit zur interkulturellen Begegnung.

Die Verwaltung befürwortet daher, an dem Konzept der Beteiligung an bereits bestehenden städtischen Veranstaltungen festzuhalten.

Beschlussvorschlag:

Der Integrationsrat nimmt die Ausführung der Verwaltung zur Kenntnis und befürwortet die von der Verwaltung vorgeschlagene Vorgehensweise der Beteiligung an bereits bestehenden städtischen Veranstaltungen weiter zu verfolgen.

In Vertretung


(Brunner)
Beigeordneter

Integrationsrat mitglieder Stadt Baesweiler

Stadtverwaltung Baesweiler

Ergänzung zur Tagesordnungspunkten

1. Wir bitten die Stadtverwaltung Baesweiler den Etat (derzeit 500,-€) des Integrationsrates der Stadt Baesweiler zur Gestaltung der Öffentlichkeitsarbeit (Pressekonferenzen, Veröffentlichungen, Veranstaltungen etc., auf 1,-€ pro Wahlberechtigter Einwohner des Integrationsrates der Stadt Baesweiler zu erhöhen. Durch die Erfahrungen der letzten Jahren, deckten die 500,- die Öffentlichkeitsarbeit, wie Veranstaltungen, nicht ab.
2. Wir bitten die Stadtverwaltung als Tagesordnungspunkt X_1
 - Ein interkulturelles Fest für das Jahr 2014, schlägt der Integrationsrat der Stadt Baesweiler vor.

Ziel ist den interkulturellen Dialog und das Miteinander der Stadt Baesweiler zu fördern.

Vorlage für die Mitglieder des Integrationsrates
(Sitzung am 23.04.2013 / Punkt 6, der Tagesordnung)

Integration eines Comedian mit Migrationshintergrund in das städtische Kulturprogramm
hier: Sachstandsbericht

Seitens des Vorstandes des Integrationsrates wurde in Vorbereitung der Sitzung am 13.03.2012 angeregt, einen Comedian mit Migrationshintergrund in das städtische Kulturprogramm zu integrieren. Beispielhaft wurde seitens des Vorstandes des Integrationsrates der Comedian Fatih Cevicollu vorgeschlagen. Insbesondere auf Grund seiner Hauptrolle in der Comedyserie "Alles Atze", in der er seit 1999 als Murat neben Atze Schröder spielt, ist der Comedian bekannt.

In seiner Sitzung am 13.03.2012 hat der Integrationsrat einstimmig beschlossen, die Entscheidung über die Integration eines Comedians mit Migrationshintergrund in das städtische Kulturprogramm zuständigkeitshalber an den Ausschuss für Kultur, Partnerschaft, Sport und Vereinsförderung weiterzuleiten.

Der Ausschuss hat in seiner Sitzung am 11.09.2012 über die Anregung des Integrationsrates beraten und die Verwaltung einstimmig damit beauftragt, die Möglichkeit eines Auftritts von Fatih Cevicollu im Rahmen der Veranstaltungsreihe "Kultur nach 8" im Jahre 2013 zu prüfen.

Seitens der Verwaltung wurde in der Sitzung dargelegt, dass man zunächst auf der Grundlage der Kapazität des Kulturzentrums Burg Baesweiler einen solchen Auftritt einplanen würde. Sollte die Nachfrage entsprechend hoch sein, so würde man die Planung so gestalten, dass eine Durchführung der Veranstaltung auch im Pädagogischen Zentrum des Gymnasiums Baesweiler möglich wäre. Diese Vorgehensweise fand die Zustimmung der Ausschussmitglieder.

Zuletzt in der Sitzung vom 26.02.2013 wurde im Ausschuss für Kultur, Partnerschaft, Sport und Vereinsförderung mitgeteilt, dass man seitens der Verwaltung im engen Kontakt mit dem Management des Künstlers Fatih Cevicollu steht. Derzeit seien noch Termine zu klären und auch die in der letzten Sitzung beratene Vorgehensweise hinsichtlich der Planung zweier Veranstaltungsorte im Hinblick auf eine mögliche Zuschauerzahl werde derzeit mit dem Management geklärt.

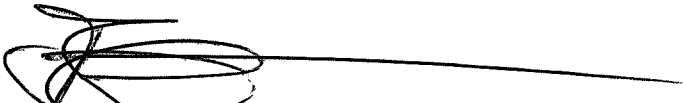
Auf aktuelle Nachfrage zur Vorbereitung der Sitzung des Integrationsrates wurde seitens des Amtes für Schule, Sport, Kultur und Partnerschaft mitgeteilt, dass man auch weiterhin mit der Agentur des Künstlers in Kontakt stehe und diese zwecks Terminabsprache angeschrieben, aber bis jetzt noch keine Antwort erhalten habe.

Sich gegebenenfalls kurzfristig ergebende aktuelle Entwicklungen werden in der Sitzung mündlich vorgetragen.

Beschlussvorschlag:

Der Integrationsrat der Stadt Baesweiler nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

In Vertretung

A handwritten signature in black ink, consisting of several overlapping loops and a long horizontal stroke extending to the right.

(Brunner)
Beigeordneter

Vorlage für die Mitglieder des Integrationsrates
(Sitzung am 23.04.2013 / Punkt 7, der Tagesordnung)

Aktivitäten und Veranstaltungen des Integrationsrates;
hier: Verwendung des Zuschusses 2013

Der Rat der Stadt Baesweiler hat in seiner Sitzung am 14.12.2010 beschlossen, dem Integrationsrat einen Betrag in Höhe von 500,00 €/Jahr zur eigenständigen Finanzierung der Kosten zur Gestaltung einer eigenen Öffentlichkeitsarbeit im Sinne der Förderung des friedlichen Miteinanders aller Bevölkerungsgruppen in Baesweiler zur Verfügung zu stellen.

1. Aufsatzwettbewerb "Werde Bürgermeister für einen Tag"

Aus dem Budget sollen 100,00 € für den Aufsatzwettbewerb verwendet werden. Hierzu wird auf die separate Vorlage verwiesen.

2. Beteiligung an der Woche der Jugend und Auslegen von Süßigkeiten an Feiertagen

Der Vorstand des Integrationsrates möchte in 2013 für Preise anlässlich des Glücksrades beim Lach-Möwen-Löwen-Tag 50,00 € sowie 40,00 € für das Auslegen von Süßigkeiten an Feiertagen in den beiden Rathäusern veranschlagen.

3. Beteiligung am Interreligiösen Friedensgebiet anlässlich des 20. Jahrestages des Brandanschlages in Solingen am 29.05.1993

Am 29.05.2013 jährt sich zum 20sten Mal der Brandanschlag auf das Wohnhaus der Familie Genç, bei dem 5 junge Menschen ums Leben kamen. Anlässlich des Brandanschlages von Solingen vor genau 20 Jahren veranstaltet u.a. der Landesintegrationsrat NRW eine groß angelegte bundesweite Gedenkveranstaltung. Darüber hinaus wurden die Integrationsräte aufgerufen, entweder am 29.05.2013 oder zeitnah anlässlich des Gedenkens an die Opfer des rassistischen Brandanschlages in Solingen vor 20 Jahren eine Gedenkveranstaltung durchzuführen.

Auf Vorschlag des Vorstandes des Integrationsrates soll in Baesweiler der Opfer des Brandanschlages in Solingen anlässlich des Interreligiösen Friedensgebetes am 14.05.2013 gedacht werden. Hierzu ist es beabsichtigt, dass sich der Integrationsrat aktiv und finanziell an der Ausrichtung des Interreligiösen Friedensgebetes beteiligt. Weitere Mitwirkende des Interreligiösen Friedensgebetes sind

- sozialer und kultureller marokkanischer Verein Setterich,

- türkischer, kultureller und sozialer Verein Baesweiler und Umgebung,
- Ditib türkisch islamische Gemeinde zu Baesweiler e.V.,
- neuapostolische Kirche in Baesweiler,
- katholische Pfarre St. Marien Baesweiler,
- evangelische Kirchengemeinde Baesweiler,
- evangelische Kirchengemeinde Setterich-Siersdorf,
- Gruppe für Ausländerfreundlichkeit Baesweiler,
- NachbarschaftsTreff Setterich.

Seitens des Vorstandes des Integrationsrates wird vorgeschlagen, aus dem Budget des Integrationsrates Rosen zum Verschenken sowie Gebäck zum Verzehr zu finanzieren und hierzu 50,00 € bis 100,00 € aufzuwenden. Der genaue Betrag wird in der Sitzung bekanntgegeben.

4. Beteiligung am Familientag bzw. Internationalen Kinderfest

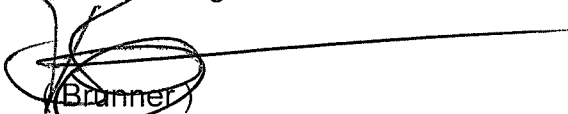
Die dann noch zur Verfügung stehenden restlichen Mittel in Höhe von 260,00€ bzw. 210,00 € sollen zur Finanzierung des Familientages bzw. Internationalen Kinderfestes, das am 4. Mai 2013 im Burgpark stattfindet, eingesetzt werden. Bei diesem Fest handelt es sich um eine Gemeinschaftsveranstaltung der Stadt Baesweiler mit dem Integrationsrat der Stadt Baesweiler in Kooperation mit der StädteRegion Aachen.

Beschlussvorschlag:

Der Integrationsrat beschließt, die im Jahre 2013 zur Verfügung stehenden Mittel in Höhe von 500,00 € wie folgt zu verwenden:

100,00 €	für den Aufsatzwettbewerb,
50,00 €	für den Lach-Möwen-Löwen-Tag,
40,00 €	für das Auslegen der Süßigkeiten an den Feiertagen,
50,00 € - 100,00 €	für Rosen und Gebäck anlässlich des Friedensgebetes und
210,00 € - 260,00 €	für den Familientag bzw. das Internationale Kinderfest am 4. Mai 2013.

In Vertretung


Brunner
Beigeordneter

Vorlage für die Mitglieder des Integrationsrates
(Sitzung am 23.04.2013 / Punkt 8 der Tagesordnung)

Finanzielle Ausstattung des Integrationsrates

In seiner Sitzung am 18.11.2010 hat sich der Integrationsrat auf Anregung des Integrationsvorsitzenden zuletzt mit der Thematik der finanziellen Ausstattung des Integrationsrates befasst. Nach eingehender Diskussion hat der Integrationsrat in der o.g. Sitzung dem Rat der Stadt Baesweiler u.a. empfohlen, dem Integrationsrat zur eigenständigen Finanzierung der Kosten zur Gestaltung einer eigenen Öffentlichkeitsarbeit (Veröffentlichung, Veranstaltungen etc.) im Sinne der Förderung des friedlichen Miteinanders aller Bevölkerungsgruppen in Baesweiler dem Integrationsrat einen Betrag in Höhe von 1,00 € je Wahlberechtigtem zur Wahl des Integrationsrates der Stadt Baesweiler am 07.02.2010 ab dem Haushaltsjahr 2011 zur Verfügung zu stellen.

Der Rat der Stadt Baesweiler hat sich in seiner Sitzung am 14.12.2010 daraufhin mit der finanziellen Ausstattung des Integrationsrates befasst. Nach eingehender Diskussion fasste der Rat der Stadt Baesweiler folgenden Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Baesweiler weist dem Integrationsrat keine eigenen Fördermittel zu, da der Integrationsrat in den Gremien, die über die Fördermittel im Bereich der Integration entscheiden (Jugend- und Sozialausschuss, Stadtteilbeirat), jeweils durch ein Mitglied vertreten ist und die Möglichkeit hat, zu den Fördermaßnahmen Stellung zu nehmen.
2. Die notwendigen personellen und sächlichen Mittel zur Erfüllung der dem Integrationsrat zugewiesenen Aufgaben werden diesem durch Bereitstellung personeller Ressourcen in der Stadtverwaltung und von entsprechenden Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt. Die Einrichtung einer eigenen Geschäftsstelle des Integrationsrates sollte nicht erfolgen, da die Aufgaben der Geschäftsstelle durch den zuständigen Mitarbeiter in der Stadtverwaltung wahrgenommen wird.
3. Zur eigenständigen Finanzierung der Kosten zur Gestaltung einer eigenen Öffentlichkeitsarbeit (Veröffentlichungen, Veranstaltungen, etc.) im Sinne der Förderung des friedlichen Miteinanders aller Bevölkerungsgruppen in Baesweiler wird dem Integrationsrat ergänzend zu den obigen Maßnahmen ein Betrag in Höhe von 500,- € aus den bei Produkt 05-02-01 unter Sachkonto 543107 bereitstehenden Mitteln ab dem Haushaltsjahr 2011 zur Verfügung gestellt.

Die Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit werden mit dem für die Angelegenheiten des Integrationsrates zuständigen Mitarbeiter gemeinsam koordiniert und abgesprochen. Der zuständige Mitarbeiter verwaltet den Etat. Diese Mittel dürfen nicht für die Werbung und Ziele von bestimmten im Integrationsrat vertretenen Interessengruppen, insbesondere im Zusammenhang mit bevorstehenden Wahlen zum Integrationsrat, sondern stets nur für die Belange des gesamten Integrationsrates Verwendung finden (Neutralität der Mittelverwendung).

4. Der Rat der Stadt Baesweiler beauftragt die Verwaltung, den Integrationsrat gegebenenfalls bei der Antragstellung zu Fördermaßnahmen für Veranstaltungen des Integrationsrates z.B. im Rahmen der hierfür zur Verfügung stehenden Mittel bei der StädteRegion Aachen zu unterstützen.

Der weitergehende Antrag, dem Integrationsrat einen Betrag in Höhe von rund 3.000,00 € (1,00 € je Wahlberechtigtem zur Wahl des Integrationsrates) zur Verfügung zu stellen, wurde mehrheitlich abgelehnt.

Nunmehr beantragt der Integrationsvorstand mit beigefügtem Antrag unter 1., den Etat (derzeit 500,00 €) des Integrationsrates der Stadt Baesweiler zur Gestaltung der Öffentlichkeitsarbeit (Pressekonferenzen, Veröffentlichungen, Veranstaltungen, etc.) auf 1,00 € je wahlberechtigten Einwohner für die Wahl des Integrationsrates der Stadt Baesweiler zu erhöhen, da durch die Erfahrungen der letzten Jahre die 500,00 € die Öffentlichkeitsarbeit, wie Veranstaltungen, nicht abdecken.

Zum Antrag des Integrationsrates nimmt die Verwaltung wie folgt Stellung:

Gemäß § 27 Abs. 10 GO NRW sind dem Integrationsrat die zur Erledigung seiner Aufgaben erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen. Die Entscheidung hierüber trifft der Rat im Rahmen seiner Haushaltsberatungen. Ein eigenes Etatrecht des Integrationsrates besteht nicht. Dem Rat bleibt bei Beachtung der gesetzlich vorgegebenen Aufgabenstruktur ein weiter Entscheidungsspielraum (vgl. Rehn/Cronauge, § 27 GO NRW, S. 10).

In der Stadtverwaltung Baesweiler werden die Angelegenheiten des Integrationsrates beim Amt für soziale Angelegenheiten und Wohnungswesen - A 50 - wahrgenommen. Zu den seitens der Stadtverwaltung wahrgenommenen Aufgaben gehören u. a. die Vorbereitung der Sitzungen des Integrationsrates, die Umsetzung der Beschlüsse des Integrationsrates bzw. die Weiterleitung der Beschlüsse an die zuständigen Gremien und Stellen innerhalb und außerhalb der Stadtverwaltung, die Beantwortung von Anfragen von Mitgliedern des Integrationsrates sowie allgemein der Kontakt zu den Mitgliedern, insbesondere dem Vorstand des Integrationsrates.

Diese Angelegenheiten werden beim Amt 50 von der zuständigen Sachbearbeiterin, Frau Dickels, von der Amtsleiterin, Frau Breuer, und dem zuständigen Dezernenten, Herrn Brunner, wahrgenommen.

Daneben stehen im Rathaus Baesweiler Räumlichkeiten zum Abhalten der regelmäßigen Sprechstunde des Vorsitzenden des Integrationsrates zur Verfügung. Auch für regelmäßige Treffen z. B. der Ausländerbeirats- bzw. Integrationsratsvorsitzenden des Kreises bzw. der StädteRegion Aachen werden städtische Räumlichkeiten kostenfrei zur Verfügung gestellt. Ebenso können nach näherer Absprache auch die Räumlichkeiten der Bürgerbegegnungsstätte "Haus Setterich" genutzt werden.

Mittel zur Förderung der Integrationsarbeit stehen in Baesweiler in vielfältiger Form zur Verfügung.

Hierzu gehören neben den Mitteln zur Durchführung spezieller Veranstaltungen, insbesondere Mittel für diejenigen im Rahmen des Projektes "Soziale Stadt" zu verwirklichenden Maßnahmen, die sich speziell auch an die Bevölkerungsgruppe der Migrantinnen und Migranten richten.

Daneben sind in diesem Zusammenhang auch die Zuschüsse an Vereine und Organisationen zu erwähnen, die ebenfalls im Bereich der Integration tätig sind (z. B. Zuschuss zur Hausaufgabenhilfe und Deutschförderung sowie allgemeiner Zuschuss an den Nachbarschaftstreff, Schülerjobbörse, etc.). Zuständig für die Gewährung von Zuschüssen auf diesem Gebiet ist der Jugend- und Sozialausschuss.

Auch besteht speziell für das Programmgebiet "Soziale Stadt Setterich-Nord" die Möglichkeit, Zuschüsse aus dem Verfügungsfonds auf Grundlage der vom Rat der Stadt Baesweiler hierzu beschlossenen Richtlinien zu beantragen. Die Förderung von Maßnahmen, die "das Miteinander im Sinne der Integration fördern" ist als allgemeine Zuwendungsvoraussetzung ausdrücklich in den Richtlinien benannt. Über die Förderung von Maßnahmen aus dem Verfügungsfonds entscheidet die Stadt Baesweiler nach Anhörung des Stadtteilbeirates.

Sowohl im Jugend- und Sozialausschuss als auch im Kultur- und Partnerschaftsausschuss und im Stadtteilbeirat ist jeweils ein Mitglied des Integrationsrates vertreten. Hierdurch wird aus Sicht der Verwaltung sichergestellt, dass bei der Förderung von Projekten und Maßnahmen der Integrationsrat, vertreten durch das jeweilige Mitglied in den o. g. Gremien, die Möglichkeit hat, hierzu Stellung zu nehmen und gegebenenfalls Anregungen und Bedenken zu äußern. Des Weiteren steht es dem Integrationsrat jeder Zeit frei, entsprechende Empfehlungen zur Förderung von bestimmten Projekten, die aus seiner Sicht förderungswürdig sind, an die entsprechenden Gremien auszusprechen. Gleiches gilt für seitens des Integrationsrates vorgeschlagene Veranstaltungen, über die im jeweils zuständigen Ausschuss (Jugend- und Sozialausschuss, Kultur- und Partnerschaftsausschuss) beraten wird. Dabei werden die Vorschläge des Integrationsrates regelmäßig durch den jeweiligen Ausschuss aufgegriffen und befürwortet (zuletzt z.B. Familientag und Interkulturelles Kinderfest, Einbindung eines Comedians mit Migrationshintergrund in das städtische Kulturprogramm).

Insofern ist zudem darauf hinzuweisen, dass der Integrationsrat im Rahmen der Vorbereitung von Veranstaltungen zur Förderung des Miteinanders im Sinne der Integration regelmäßig seitens der Stadtverwaltung beteiligt wird und die Gelegenheit erhält, sich mit eigenen Wünschen und Anregungen einzubringen.

Der seit dem o.g. Beschluss dem Integrationsrat zur eigenständigen Finanzierung der Kosten zur Gestaltung einer eigenen Öffentlichkeitsarbeit zur Verfügung stehende Betrag in Höhe von 500,00 € je Haushaltsjahr wurde bislang für unterschiedliche Maßnahmen eingesetzt.

Es wurde zum einen ein Flyer für den Integrationsrat erstellt und in einer Auflage von 1.000 Stück gedruckt und es wurde ein Aufsatzwettbewerb "Werde Bürgermeister für 1 Tag" ins Leben gerufen, für den jährlich 100,00 € für Preise aufgewendet werden. Des Weiteren werden Preise für die Beteiligung des Integrationsrates am Lach-Möwen-Löwen-Tag und für Süßigkeiten an den Feiertagen in beiden Rathäusern finanziert. Zudem wurde aus den Mitteln ein Leseabend zu einem interkulturellen Thema mit dem Autor Alexandros Stefanidis im Kulturzentrum Burg Baesweiler veranstaltet.


Insofern ist darauf hinzuweisen, dass der bereitstehende Betrag in Höhe von 500,00 € für die bisherigen Aktivitäten des Integrationsrates stets ausgereicht hat. Diesbezüglich ist anzumerken, dass seitens der Stadtverwaltung auch immer nach sonstigen Fördermöglichkeiten und Sponsoren gesucht wird, um so zusätzliche Gelder bereitstellen zu können bzw. Kosten zu senken.

Vor diesem Hintergrund hält die Verwaltung den zur eigenständigen Finanzierung der Kosten zur Gestaltung einer eigenen Öffentlichkeitsarbeit (Veröffentlichungen, Veranstaltungen, etc.) im Integrationsrat im Sinne der Förderung des friedlichen Miteinanders aller Bevölkerungsgruppen in Baesweiler zur Verfügung gestellten Betrag in Höhe von 500,00 € derzeit für ausreichend.

Beschlussvorschlag:

Der Integrationsrat der Stadt Baesweiler schließt sich den Ausführungen der Verwaltung an und beschließt, derzeit von einem Antrag auf Erhöhung der zur eigenständigen Finanzierung der Kosten zur Gestaltung einer eigenen Öffentlichkeitsarbeit (Veröffentlichungen, Veranstaltungen, etc.) im Sinne der Förderung des friedlichen Miteinanders aller Bevölkerungsgruppen in Baesweiler dem Integrationsrat bereitgestellten Betrag in Höhe von 500,00 € aus dem bei Produkt 05-02-01 unter Sachkonto 543107 bereitstehenden Mittel je Haushaltsjahr abzusehen.

In Vertretung


(Brunner)
Beigeordneter

10.04.13

Integrationsrat mitglieder Stadt Baesweiler

Stadtverwaltung Baesweiler

Ergänzung der Tagesordnungspunkten

1. Wir bitten die Stadtverwaltung Baesweiler den Etat (derzeit 500,-€) des Integrationsrates der Stadt Baesweiler zur Gestaltung der Öffentlichkeitsarbeit (Pressekonferenzen, Veröffentlichungen, Veranstaltungen etc., auf 1,-€ pro Wahlberechtigtem Einwohner des Integrationsrates der Stadt Baesweiler zu erhöhen. Durch die Erhöhungen der letzten Jahren, deckten die 500,- die Öffentlichkeitsarbeit, wie Veranstaltungen, nicht ab.
2. Wir bitten die Stadtverwaltung als Tagesordnungspunkt X_1
 - Ein interkulturelles Fest für das Jahr 2014, schlägt der Integrationsrat der Stadt Baesweiler vor.

Ziel ist den interkulturellen Dialog und das Miteinander der Stadt Baesweiler zu fördern.